

Schlussbetrachtung

Weder 1964, als die PLO gegründet wurde, noch 1965, als sich Walter Ulbricht erstmals zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes bekannte, arbeitete das MfAA ein Konzept zur Palästinapolitik aus. Auch 1958 wurde darauf verzichtet, als das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bindend für die gesamte Außen- und Nahostpolitik der DDR festhielt, die Palästinafrage sei eine „innere Angelegenheit“ der arabischen Staaten und deren Instrumentalisierung wäre, trotz naheliegender antiisraelischer Vorteile, mittelfristig nicht im Interesse Ost-Berlins; denn die arabische Uneinigkeit in dieser Frage berge zu großes Konfliktpotenzial, das wiederum politische Vorteile zunichte mache¹. Zwar trat der SED-Staat in den 1960er Jahren propagandistisch klar propalästinensisch auf, wollte sich aber politisch nicht konkret festlegen. Diese Zurückhaltung, die auch in den ersten Jahren nach Gründung der PLO 1964 das Handeln der DDR bestimmte, war weniger der Angst vor einer Diskreditierung aufgrund des extremistischen und terroristischen palästinensischen und arabischen Vorgehens gegen Israel geschuldet als vielmehr der Überzeugung, dass es keinen Gewinn versprach, für die PLO einzustehen. Diese neue Befreiungsorganisation war politisch noch schwach und ihre Position innerarabisch umstritten. Keine der damaligen arabischen Regierungen erkannte das palästinensische Volk an. Daher war es auch nicht wie erhofft ein Bonus, der die Stellung des ostdeutschen Teilstaates im Nahen Osten aufwertete, als Walter Ulbricht im März 1965 – ohne Konsultation mit Moskau oder den außenpolitischen Verantwortlichen in Ost-Berlin – während seines Besuches in Ägypten für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eintrat.

Die DDR formulierte ihre PLO- und Palästinapolitik anfangs aber nicht nur zurückhaltend, sondern auch uneindeutig und sich in wesentlichen Punkten selbst widersprechend. So erklärte der SED-Staat in den 1950er und 1960er Jahren, er sei für eine Lösung des Nahostkonfliktes gemäß den Resolutionen der VN. Mit dieser Formel rechtfertigte die ostdeutsche Regierung sowohl die von ihr 1965 ausgesprochene Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes als auch die bis 1968 gestiegenen materiellen Leistungen zugunsten der Palästinenser und der PLO, die allerdings indirekt über die Liga der arabischen Staaten und nicht von der DDR oder der SED, sondern sogenannten gesellschaftlichen Organisationen wie dem Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee bereitgestellt wurden. Auch im September 1964 betonte Walter Ulbricht in der ersten offiziellen Stellungnahme der DDR zum Palästinaproblem, die Grundlagen einer Regelung des Nahostkonfliktes seien ausschließlich die Beschlüsse der Vereinten Nationen. Ulbrichts Aussagen, die er seinerzeit in einem Telegramm traf, das er an eine arabische Gipfelkonferenz adressierte – an der auch erstmals die PLO teilnahm –, brüskierten die arabischen Regierungen und die Palästinensische Befreiungsorganisation gleichermaßen. Denn die seit 1947 gefassten Beschlüsse der VN in der Palästinafrage wurden von der arabisch-palästinensischen

¹ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.740, Bericht, 03.07.1958, Bl. 15f.

Seite abgelehnt. Außerdem erkannten die Vereinten Nationen selbst faktisch bis 1974 weder das palästinensische Selbstbestimmungsrecht noch die PLO oder einen politischen Status der Palästinenser an, der über den von Flüchtlingen hinausging.

In diesem Sinne war es absurd, die eigene Politik in einer so sensiblen Frage der internationalen Beziehungen auf einen angeblichen Konsens der VN stützen zu wollen, weil die Prinzipien, auf die sich die DDR berief, noch nicht Eingang in die Vereinten Nationen gefunden hatten. Deren Resolutionen forderten in den 1950er und 1960er Jahren einen arabischen Teilstaat an der Seite Israels, dessen Territorium – und dies war auch der DDR bewusst – bis Juni 1967 überwiegend ägyptische, jordanische und irakische Streitkräfte besetzt hielten. Ein Beharren auf einer Lösung gemäß den VN-Resolutionen bedeutete vor dem Sommer 1967 immer, einen Rückzug der arabischen Länder aus dem arabischen Teilstaat zu verlangen, die Palästinenser nicht als einen politischen Akteur dieses Konfliktes zu betrachten und ihnen weder das Recht auf Selbstbestimmung zuzubilligen noch eine nationale palästinensische Befreiungsorganisation zu fordern. Als dann die Vereinten Nationen von der Selbstbestimmung der Palästinenser sprachen, erkannten dieses Recht auch Länder wie Frankreich und die Bundesrepublik an.

Das erste strategische ostdeutsche Palästinakonzept wurde im April 1970 vom Politbüro der SED verabschiedet. Der Titel dieses Grundlagendokumentes lautete: „Maßnahmenplan für die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Palästinensischen Widerstandsbewegung“². Mit der Übernahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch die Fatah 1968 und der Wahl Jassir Arafats zum dritten Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO 1969 sah sich Ulbricht veranlasst, eine aktivere Politik zu betreiben. Der Maßnahmenplan entstand jedoch nicht, weil die SED von nun an aus Überzeugung der von Arafat geführten Palästinensischen Befreiungsorganisation Unterstützung gewähren wollte. Quellen und Dokumente des MfAA zeigen, dass die Fatah seitens der ostdeutschen Diplomaten sowohl in Ost-Berlin als auch in den Auslandsvertretungen in Kairo und in Damaskus, nachdem sie 1967/68 als potenziell neue Führungskraft der PLO in Erscheinung getreten war, als einzige Gruppe der palästinensischen Widerstandsbewegung als „bourgeois“, „reaktionär“ und islamisch geprägt charakterisiert wurde. Sie galt aus Sicht der DDR als gefährlich für die „progressive“ politische Entwicklung der PLO und die „demokratisch-fortschrittliche“ Lösung der Palästinafrage. Die Fatah besaß Kontakte nach Saudi-Arabien sowie zu weiteren Golfmonarchien, wurde angeblich von bekennenden Antikommunisten geführt und bestand aus Mitgliedern sowie ehemaligen Mitgliedern der Muslimbruderschaft. Keine dieser Erkenntnisse zum Hintergrund der Fatah, auf deren Basis Ost-Berlin seine Schlussfolgerungen zog, war falsch. So überrascht es weder, dass die SED die Übernahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch die Fatah und die Wahl Arafats zum neuen Vorsitzenden des Exekutivkomitees skeptisch bewertete, noch dass sie im April 1970 mit dem beschlossenen Strategiepapier keine

² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1281, Anlage 10 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 28. 04. 1970, Bl. 160–162.

Wege aufzeigte, die Fatah-„Regierung“ der PLO unter der Präsidentschaft Arafats zu festigen.

Das Politbüro beschrieb bereits 1970 im Maßnahmenplan zwei Absichten, die die SED in der PLO- und Palästinalpolitik bis 1989 niemals aufgab: die Schwächung des Einflusses der Fatah in der PLO und die Ablösung ihrer Dominanz im Exekutivkomitee zugunsten einer breiten, politisch linken Koalition palästinensischer Kräfte, die klar antiwestlich und prosozialistisch votierte. Denn eine Lösung der Palästinafrage unter östlichen Vorzeichen, also das Verhindern amerikanischer und westlicher Erfolge, war letztlich immer das übergeordnete Interesse aller Entscheidungen der SED. Ganz bewusst war das erste Grundlagendokument nicht mit „Maßnahmenplan für die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Palästinensischen *Befreiungsorganisation*“, sondern mit „Maßnahmenplan für die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Palästinensischen *Widerstandsbewegung*“ überschrieben. Das Politbüro der SED erklärte es ab April 1970 zur Aufgabe, die „antiimperialistischen“ Kräfte der gesamten palästinensischen Widerstandsbewegung planmäßig zu festigen und die „Bemühungen“ der Bundesrepublik um die Palästinenser zu konterkarieren³.

Beide von der Ost-Berliner Parteiführung definierten Interessen bezogen sich auf die Fatah und verlangten, deren Vormachtstellung anzugreifen. Denn mit Arafats Fatah hatte 1968/69 diejenige Gruppe der Palästinenser die PLO übernommen, die im Sinne der SED den „reaktionären“ Kräften die besten Einflussmöglichkeiten auf die Palästinensische Befreiungsorganisation bot. Die „fortschrittlichen“ Teile der palästinensischen Widerstandsbewegung, wie die DFLP, die PFLP, die Saiqa, die Ansar oder die palästinensischen Kommunisten, waren im Vergleich zur Fatah weit weniger einflussreich. Hinzu kam, dass mit der Fatah an der Spitze der PLO die Chancen Bonns, sich durch humanitäre Gesten erfolgreich um die Palästinenser bemühen zu können, wesentlich gestiegen waren. Wie man in der DDR aufmerksam registrierte, war es ausschließlich die Fatah, die seit 1968 Büros in westeuropäischen Hauptstädten eröffnete, unter anderem in Bonn. Und viele wichtige Funktionäre der Fatah, die nun Ämter in der PLO bekleideten, hatten seit den 1950er Jahren in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik, studiert. Sie waren mit den dortigen Verhältnissen vertraut und besaßen politische wie gesellschaftliche Kontakte. Wollte man westdeutschen Bemühungen um die Palästinenser entgegentreten, war also nicht nur die bundesdeutsche Hilfe finanziell zu kontern, sondern es mussten auch diejenigen Kräfte der palästinensischen Widerstandsbewegung eliminiert werden, die eine westlich-kapitalistische Einflussnahme zuließen. Nicht die DFLP, die PFLP, die Saiqa oder die Ansar unterhielten aber im Namen der PLO Büros in Westeuropa und der Bundesrepublik, sondern die Fatah.

Die politische Aversion gegen die Fatah, die Ulbricht und das SED-Regime von Beginn an empfanden, sowie die von Arafat 1968 nur mit der Bundesrepublik und nicht mit der DDR gesuchte Verbindungsaufnahme zwangen die SED im April 1970, Maßnahmen zu ergreifen. Planmäßig sollten Mittel eingesetzt werden,

³ Vgl. ebd.

um den erstrebten Zweck zu erreichen: die „antiimperialistische“ Festigung der gesamten palästinensischen Widerstandsbewegung und das Verhindern westdeutscher Erfolge in der Palästinafrage. Konkret bedeutete dies, dass alle palästinensischen Gruppen außer der Fatah gestärkt wurden. Ulbricht unterstützte die Saiqa, die Ansar, die DFLP und die PFLP, nicht aber die Fatah oder die von ihr dominierte PLO; er kooperierte auch nicht mit dem von Arafat 1970 nach Ost-Berlin delegierten Gesandten, sondern ließ diesen rigide zurechtweisen, kontrollieren und lediglich als „Journalisten“ arbeiten.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass die PLO- und Palästinapolitik der DDR seit dem Maßnahmenplan der SED Anti-Fatah-Politik war und sich die Beziehungen zwischen Ost-Berlin und der unter Kontrolle der Fatah stehenden Palästinensischen Befreiungsorganisation fortan in Phasen unterschiedlich starker Opposition der DDR gegen die Führungsrolle der Fatah entwickelten. Dabei blieb das Ziel ostdeutscher Politik stets dasselbe. Es galt, die Alleinherrschaft der Fatah innerhalb der PLO zu beenden. Das Dilemma lag allerdings seit Beginn der 1970er Jahre in der Person Jassir Arafats, der die PLO und die Fatah zugleich kontrollierte und den auch die DDR seit spätestens 1972/73 zur charismatischen Führungsfigur des Befreiungskampfes der Palästinenser stilisierte.

Weder der Wechsel von Ulbricht zu Honecker noch eigene Pläne der DDR waren bis 1973 dafür verantwortlich, dass sich die SED, trotz Fatah-Dominanz der PLO, stärker auf die Palästinensische Befreiungsorganisation als auf separate Kontakte mit Gruppen der palästinensischen Widerstandsbewegung fokussierte. Vielmehr folgte die DDR Moskauer Vorgaben und den sowjetischen Interessen. Nicht nur Arafats erster Besuch in Ost-Berlin im November 1971 kam auf Weisung des Kreml zustande, sondern auch dessen Einladung zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im Sommer 1973. Außer dem SED-Regime hatte zur damaligen Zeit vor allem Bulgarien enge Beziehungen mit Arafats PLO hergestellt. Dass nicht in Sofia, sondern in der „Hauptstadt der DDR“ das erste Abkommen zwischen einer kommunistischen Partei im sowjetischen Machtbereich und der PLO geschlossen wurde, ging – so die Ergebnisse dieser Arbeit – auf die Weltfestspiele zurück, die 1973 in der DDR stattfanden. Keine Quelle weist darauf hin, dass Honecker diesen Schritt initiierte, dass die SED aktiv eine Teilnahme der palästinensischen Delegation an den Weltfestspielen vorbereitete oder das Abkommen beziehungsweise die später zugelassene Eröffnung des PLO-Büros plante. Der angebliche terroristische Hintergrund der Einladung Arafats zu den Weltfestspielen lässt sich ebenfalls nicht aus den Akten belegen. Der These, dass im Sommer 1973 in Ost-Berlin ein terroristischer Überfall bevorstand, wie Mitglieder der Fatah ihn während der Olympischen Sommerspiele 1972 in München verübten, widerspricht aber nicht allein die Quellenlage, sondern auch die Tatsache, dass die Palästinenser, anders als in München, an den Weltfestspielen teilnahmen.

Die SED beugte sich mithin keiner Erpressung der PLO/Fatah, als sie sich 1973 bereit erklärte, offizielle Beziehungen mit Arafat einzugehen. Sie lud die Palästinensische Befreiungsorganisation vielmehr ein, weil die sowjetische Nahostpolitik engere Kontakte verlangte und das Jugend- und Studentenfestival den idealen Rahmen für einen solchen Schritt bot. Das Interesse des Kreml an festen politi-

schen Beziehungen mit der PLO und Arafat, die stellvertretend geführt werden sollten, war vor allem durch die Kämpfe im Libanon im Frühjahr 1973 gegen die Palästinenser und die PLO gestiegen. Moskau befürchtete eine dauerhafte Schwächung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die sich noch dramatischer als nach den Auseinandersetzungen in Jordanien Ende 1970 auswirken konnte. Nachdem der bis dahin wichtigste arabische Partner, Ägypten, im Sommer 1972 das Bündnis mit der KPdSU praktisch aufgekündigt hatte, musste die Sowjetunion ihren Einfluss auf den Nahostkonflikt stärken und konzentrierte sich deshalb auch auf die PLO.

Die SED-Vereinbarung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation revidierte die vom Politbüro im April 1970 verabschiedeten politischen Grundsätze des Maßnahmenplans. Erstmals erkannte Ost-Berlin im August 1973 die PLO respektive den Anspruch der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die Befreiungsbewegung der Palästinenser zu führen, parteioffiziell an. Die SED beschränkte sich von nun an zugleich darauf, Arafats Befreiungsorganisation und nicht einzelne Gruppen der palästinensischen Widerstandsbewegung materiell zu unterstützen – obwohl die Fatah nach wie vor das Exekutivkomitee der PLO beherrschte. Nach dem Sommer 1973 begann die Phase der ostdeutschen Politik, in der sich die DDR am loyalsten zur Fatah verhielt. Auch wenn die DFLP und die PFLP sofort nach Abschluss der Parteivereinbarung mit der PLO reklamierten, sie müssten getrennt unterstützt werden, weil die Gremien der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch die Fatah kontrolliert würden und folglich diese Gruppe die eingehenden ostdeutschen Mittel verteile und die Zusammensetzung der ins Ausland delegierten Studentenkontingente der Palästinenser festlege, ging Honecker auf derartige Forderungen nicht ein.

Gleichwohl enthielt die Parteivereinbarung eine Besonderheit. Denn anders als im Falle der PAIGC oder des ANC wurde sie nicht zwischen dem *Zentralkomitee* der SED und dem *Exekutivkomitee* der PLO geschlossen, sondern zwischen *der* SED und *der* PLO. Damit war es rein formal möglich, alle Gruppen *der* PLO – auch die, die nicht Teil des Exekutivkomitees waren – zu unterstützen. Zunächst machte die DDR davon aber nur insofern Gebrauch, als man außer Delegationen *der* PLO (in denen immer mehrheitlich Angehörige der Fatah vertreten waren) auch einzelne Abordnungen der DFLP und der PFLP regelmäßig zu politischen Gesprächen in Ost-Berlin empfing – ohne aber separate, materielle Solidarität zu leisten und in innerpalästinensische Rivalitäten gegen die Fatah-Führung einzugreifen.

Dennoch: Die SED-Vereinbarung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation von 1973 war kein Bekenntnis zu den bestehenden von der Fatah dominierten Machtverhältnissen, sondern ließ Hintertüren offen, eben weil man sich nicht einseitig auf die Fatah festlegen wollte. So wurde durch Honecker unter anderem auch der Status des ersten, von der Fatah geführten PLO-Büros in einem sowjetisch-sozialistischen Land streng reglementiert. Weder die SED noch die DDR erkannten diese Repräsentanz Arafats in den Jahren nach 1973 an; sie war stattdessen beim Nationalrat der Nationalen Front, einer ostdeutschen „gesellschaftlichen Organisation“, akkreditiert, also gleichsam durch privates Engagement tätig und ähnlich einem Verein registriert. Entgegen dem von der DDR her-

vorggerufenen Eindruck war diese Vertretung bis 1978 faktisch in ihrem Status nicht von der in Bonn 1975 eröffneten „Informationsstelle Palästina e.V.“ der PLO/Fatah zu unterscheiden. Zwischen den palästinensischen Büros in Ost-Berlin und in Bonn – die jeweils von der Fatah geführt wurden – bestand zudem ein reger und enger Kontakt. Der seit 1973 amtierende Gesandte Arafats in der DDR hatte seit den 1950er Jahren in Österreich und der Bundesrepublik gelebt und studiert. Er kannte den Statthalter der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Bonn nicht nur, sondern war mit ihm eng befreundet.

Ein Paradigmenwechsel der seit August 1973 gültigen PLO-Politik der SED fand im Juli 1980 statt. Als Ergebnis eines seit Jahren andauernden Entfremdungsprozesses, in dem aufseiten der DDR Enttäuschungen den Stolz auf eine vertiefte, vertrauensvolle Kooperation zwischen Jassir Arafat und dem SED-Regime überwogen, reagierte die ostdeutsche Parteiführung auf die politischen Durchbrüche Arafats respektive der Fatah im Westen in den Jahren 1979/80 verbittert. Ost-Berlin begann nun eine neue Phase der PLO-Politik, indem die SED im Juli 1980 offiziell Parteibeziehungen mit der DFLP, der PFLP, der Saiqa und den palästinensischen Kommunisten aufnahm. Fortan wurden diese „progressiven“ Gruppierungen nicht nur verstärkt politisch gefördert, sondern eigenständig materiell unterstützt, mit dem Ziel, ihre Bedeutung innerhalb der PLO deutlich aufzuwerten. Trotz bestehender Abkommen mit der PLO intervenierte Honecker jetzt separat zugunsten der Anti-Fatah-Kräfte.

Charakteristisch für diesen neuen Abschnitt des Widerstandes der DDR gegen die Fatah war, dass Erich Honecker die Konfrontation mit Jassir Arafat nicht mehr scheute – auch wenn er ihn nach wie vor als den unumstrittenen „antiimperialistischen“ Kämpfer für das palästinensische Volk darstellte. Denn ungeachtet dieser propagandistischen Verklärung fühlte sich das SED-Regime immer mehr dem Ziel verpflichtet, die Machtverteilung innerhalb des PLO-Exekutivkomitees neu zu regeln und die Fatah-Herrschaft zu beenden. Auch wenn Arafat weiterhin als Vorsitzender des Exekutivkomitees amtierte, bot nur eine neu zusammengesetzte, „demokratische“ Führung der PLO hinreichenden Schutz vor einer weiteren Annäherung der Palästinensischen Befreiungsorganisation an den Westen. Arafat musste dies aus Sicht Honeckers berücksichtigen und den „fortschrittlichen“ Gruppen der Palästinenser mehr Macht zugestehen. Viel verbindlicher und engagierter als bis dahin machte sich die SED ab Mitte 1980 dafür stark, dass die prosozialistischen Kräfte gleichsam regierungsfähig wurden und der Fatah innerhalb des Exekutivkomitees der PLO Verantwortung abringen konnten.

Zudem orientierte sich Honecker in der Nahostpolitik seit 1978 starr an Syrien. Die Beschlüsse von Camp David machten die Allianz mit Damaskus für die DDR sakrosankt. Als Präsident Assad im Oktober 1978 erstmals zum Staatsbesuch in Ost-Berlin eintraf, erklärte Honecker, Syrien habe nach Meinung der DDR ein Recht, für die palästinensischen Interessen Partei zu ergreifen. Denn Damaskus galt in der DDR als Garant der prosozialistischen Entwicklung der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Dieses Bekenntnis beschnitt die Souveränität der gewählten Führung der PLO und stand im Widerspruch zu der auch von der DDR anerkannten Auffassung, allein die Palästinensische Befreiungsorganisation

sei legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes. Syrien besaß in der Palästinafrage ein Mitspracherecht und war für Honecker das willkommenen Werkzeug, um der Fatah-Regierung der PLO die Grenzen ihrer Politik aufzuzeigen.

Bereits 1976 hatte die DDR Syrien unterstützt, als es im Libanon gegen die Palästinenser und Arafat Krieg führte. Ost-Berlin hatte die bestehenden Verträge zum Waffenexport nach Damaskus nicht gestoppt – so wie es Moskau getan hatte –, sondern Syrien gestärkt. Erich Honecker war nicht bereit, das Risiko einzugehen, durch einen so offensiven Schritt wie ein Embargo den Unwillen Hafiz al Assads auf sich zu ziehen. Zugleich konnte Ost-Berlin es sich auch finanziell nicht leisten, denn die Handelsumsätze mit Syrien hatten sich seit 1973 signifikant erhöht. Auf der anderen Seite glaubte die DDR offensichtlich auch nicht, dass Damaskus tatsächlich so radikal gegen Arafat vorgehen würde, sodass man unwillkürlich Handlanger der exzessiven Bekämpfung der Palästinenser im Libanon werden würde. Auch wenn Honecker 1976 augenscheinlich noch nicht bewusst mithilfe Syriens die Fatah angreifen wollte, stand Ende dieses Jahres politisch fest, dass die DDR in der syrisch-palästinensischen Auseinandersetzung zu Damaskus hielt. Kurze Zeit später war Ost-Berlin zudem davon überzeugt, dass die syrische Einflussnahme auf den politischen Kurs der PLO nicht abträglich für die eigenen Ziele war, sondern sich „progressiv“ auswirken musste. Arafat, der nach den Camp-David-Beschlüssen gezwungen war, sein Verhältnis zu Assad wieder enger zu gestalten, sollte sich stets an Syrien orientieren, denn dies diente – nach Meinung der SED – den palästinensischen Interessen mehr als der politische Dialog der Fatah mit dem Westen.

Die radikalste Phase der Fatah-Opposition der DDR begann im Sommer 1982 und dauerte bis Frühjahr 1986. Erich Honecker hatte seit dem israelischen Krieg gegen die PLO im Libanon zwischen Juni und August 1982 die ostdeutsche Politik klar und unmissverständlich an den syrischen Interessen ausgerichtet. Assad wollte den Konflikt der PLO und Arafats mit Israel nutzen, um die Fatah entscheidend zu schwächen und die syrische Kontrolle der PLO unumkehrbar zu machen. Damaskus hatte sich geweigert, die Fatah vor Israel zu schützen und Assad orchestrierte ab Herbst 1982 in bis dahin nie erlebter Art und Weise den Kampf gegen Arafat. Er inszenierte im Mai 1983 einen Putsch in der Fatah, in dessen Folge Hunderte Anhänger Arafats zu den abtrünnigen Fatah-Rebellen, angeführt von Abu Musa und Abu Salah, überliefen, und griff anschließend mit syrischen Streitkräften, der PFLP-GC, der Saiqa, der PLA und Musa/Salah die Einheiten der Fatah und die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon bis Dezember 1983 an. Diese Konfrontation endete mit dem zweiten Auszug der PLO/Fatah aus dem Libanon und Arafats nun folgender Versöhnung mit Ägypten und Jordanien.

Während der gesamten Zeit bis Dezember 1983 war die DDR entscheidender Teil der syrischen Allianz gegen die Fatah. Honecker stellte – ohne die Fatah nur annähernd so stark zu unterstützen – Musa/Salah, der PFLP-GC und Syrien Waffen und Schiffe bereit, damit sie den Kampf führen konnten. Außerdem begann das SED-Regime seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der von Syrien kontrollierten terroristischen Organisation Abu Nidals. Diese Gruppe hatte damals bereits mehrere Fatah-Politiker, die für einen Dialog mit dem Westen

eintraten, erschossen. Abu Nidal war zudem für antiamerikanische, antiisraelische und antijüdische terroristische Anschläge und Attentate verantwortlich. Mit der Abu-Nidal-Politik der DDR kulminierte die Fatah-Gegnerschaft der SED. Honecker war bereit, alle Teile, gleich wie radikal sie Arafat und die Fatah-Führung bekämpfen wollten, in Ost-Berlin aufzunehmen, mit ihnen zu arbeiten und sie politisch wie finanziell zu unterstützen. Das bedeutete, dass für die DDR spätestens seit dem Herbst 1982 nicht allein die Hilfe zugunsten der DFLP, der PFLP, der Saiqa und der Palästinensischen Kommunistischen Partei zur Anti-Fatah-Politik zählte, sondern auch die Förderung Abu Nidals, Musa/Salahs, der PFLP-GC, der syrischen PLA und der syrischen Armee selbst.

Diese Entscheidungen kamen aber keinem Bruch mit Arafat im Sinne eines Endes aller Kontakte zur PLO/Fatah gleich und hatten nicht den bedingungslosen Ruf nach einem personellen Wechsel an der Spitze des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation zur Folge. Arafat und die Fatah erhielten wie alle ihre Gegner Quartier im Internationalen Handelszentrum an der Ost-Berliner Friedrichstraße. Während aber eindeutig zu erkennen ist, dass das SED-Regime mit Syrien, der PFLP-GC, den Musa/Salah-Putschisten und der Organisation Abu Nidal ab 1983 tatsächlich kooperierte, kann dies in Bezug auf die PLO/Fatah nicht entsprechend festgestellt werden. Auch wurden die radikalen Anti-Arafat-Organisationen nicht von Honecker unterstützt, um sie zu mäßigen, sondern sie sollten helfen, die Fatah zu disziplinieren und den politischen Handlungsspielraum Arafats einzuschränken. Die Umsätze, die die DDR mit der PLO/Fatah beziehungsweise ihren ebenso im IHZ arbeitenden Feinden erzielte, machen frappierend deutlich, wie entschieden und entschlossen die syrische Anti-Fatah-Koalition von Honecker begünstigt wurde.

Die DDR duldete Arafat und seine PLO/Fatah zwar ebenso im Handelszentrum und führte die Kontakte mit der PLO-Vertretung in Ost-Berlin fort, aber niemandem unter den Palästinensern der Fatah war es entgangen, wen Honecker seit 1982/83 viel nachhaltiger als die angeblich von der Regierung der DDR respektierte gewählte Führung der PLO unterstützte und wen er zum palästinensischen Widerstand zählte. Seit dem Sommer 1982 war Honecker fest entschlossen, mithilfe Syriens und dessen palästinensischen Verbündeten, selbst mit so extremistischen Teilen wie Abu Nidal, der PFLP-GC beziehungsweise Musa/Salah – die nicht der PLO angehörten, terroristisch gegen die Fatah-Elite kämpften und Arafat stürzen wollten –, der Spitze der Palästinensischen Befreiungsorganisation ultimativ zu signalisieren, dass es zu einer Veränderung der politischen Verhältnisse im Exekutivkomitee der PLO kommen müsse. Welche Kräfte Honecker anstatt der Fatah-Mehrheit dort repräsentiert sehen wollte, war seit 1982 unverkennbar.

Verschärft wurde dieser Konflikt mit der Fatah ab 1982/83 allerdings durch Arafats Unnachgiebigkeit und seine projordanische Politik, die die DDR genauso wie Syrien entschieden ablehnten. Die Vereinbarung mit König Hussain von Jordanien, die Jassir Arafat im Februar 1985 stellvertretend für die PLO eingegangen war, galt für die SED als Verrat am palästinensischen Volk. Das Protokoll des Gespräches zwischen dem ZK-Verantwortlichen für die Internationalen Verbindungen der SED, Hermann Axen, und dem nach Arafat wichtigsten Funktionär der

PLO/Fatah, Salah Khalaf, im April 1985 zeigt, dass die Ost-Berliner Parteiführung verlangte, die Verständigung zwischen der PLO und Amman sofort zu annullieren. Die DDR beurteilte das sogenannte Hussain-Arafat-Abkommen als Kapitulation der Palästinensischen Befreiungsorganisation vor den USA. Arafat hatte damit die Grundlagen geschaffen, um mithilfe Jordaniens, eines engen amerikanischen Verbündeten, zu einer Regelung des Konfliktes mit Israel zu gelangen. Die DDR wollte, so lassen die Aussagen des stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit im Mai 1985 unmissverständlich erkennen, diesen „Fehler“ Arafats korrigieren und das Abkommen mit Jordanien „zu Fall bringen“⁴. Im Auftrag der KPdSU, die ebenfalls feststellte, das „Schicksal von Einzelpersonen“ stehe nicht über dem Interesse an einer Palästinensischen Befreiungsorganisation mit klarer „antiimperialistisch“-antijordanischer Stoßrichtung, setzte sich die DDR dafür ein, ein neues Exekutivkomitee der PLO mit einer erfolgsversprechenden Alternative zu Arafat an dessen Spitze zu bilden⁵. Denn sollte Arafat, wie von der SED und der KPdSU gefordert, nicht bereit sein, die Vereinbarung mit Jordanien aufzukündigen, musste das Amt des Vorsitzenden des Exekutivkomitees neu besetzt werden. Die Ost-Berliner Führung suchte ab Februar 1985 gemeinsam mit der DFLP, der PFLP, der PKP und dem als politisch links geltenden Flügel der Fatah fieberhaft nach einer Lösung, den projordanischen Kurs der Palästinensischen Befreiungsorganisation abzubrechen und einen Kandidaten zu finden, der die Führung der PLO übernehmen konnte, für den Fall, dass Arafat abgelöst werden musste. Ziel Honeckers war ein Ende des palästinensischen Dialoges mit Jordanien, ohne die Einheit der PLO zu verspielen. Als Nachfolger Arafats, der im Stande schien, beides garantieren zu können, hatte die DDR Salah Khalaf ausgemacht, der sich diesen Bestrebungen aber zu entziehen verstand.

Der vom Ministerium für Staatssicherheit im April 1986 gezielt unterstützte Anschlag Libyens auf die West-Berliner Diskothek „La Belle“ war das entscheidende Moment, mit dem das SED-Regime Arafats projordanischer und proamerikanischer Politik gleichsam ihren letzten Stoß versetzen wollte, um die schon im Fallen begriffene jordanische Option kurz- und mittelfristig wirklich abzuwehren. Vor dem Hintergrund der im Herbst 1985 begonnenen Annäherung zwischen Syrien und Jordanien sowie dem israelischen Luftangriff auf die PLO-Zentrale in Tunis und der Ende Februar 1986 von König Hussain erklärten Absicht, die gemeinsame Vereinbarung mit Arafat von 1985 aufzukündigen, konnte niemand in der PLO weiterhin an Gesprächen mit den USA oder ihren arabischen Verbündeten festhalten, zumal wenn die USA auf einen terroristischen libyschen Angriff so reagierten, wie Ost-Berlin das einkalkulierte. Im Falle einer amerikanischen „Aggression“ gegen einen „progressiven“ arabischen Staat wie Libyen gab es keinen Umweg, über den Arafat doch noch zu Ergebnissen kommen konnte – wie Anfang 1983 geschehen, als König Hussain zunächst das Ende seines Dialoges mit Arafat mangels Fortschritten bekannt gegeben hatte, dieses angebliche Scheitern wenige Monate später wieder revidierte und man dann über die 17. palästinensische Nationalversammlung bis hin zum Hussain-Arafat-Abkommen gelangt war.

⁴ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19664, Bericht, 22. 05. 1985, Bl. 58.

⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 02. 04. 1985, Bl. 94.

Erich Mielke lenkte Anfang 1986 diejenigen, die Arafat im Sommer 1985 in die DDR geschickt hatte, um den ostdeutsch-syrischen Beziehungen zu schaden, gegen die PLO/Fatah selbst. Die Staatssicherheit verhinderte zwar die Anschlagpläne der Gruppe „Orient“ gegen den syrischen Botschafter, unterließ es aber, maßgebliche Mitglieder der alten Zelle auszuweisen und duldeten, dass Libyen sie benutzte, um antiamerikanische „Aktionen“ in West-Berlin vorzubereiten. Im Gegensatz zu dem von der Fatah ersonnenen antisyrischen Attentat gab es bei dem von Libyen vorangetriebenen antiamerikanischen Plan nach Dafürhalten des MfS keinen Anlass einzuschreiten.

Der amerikanisch-libysche Konflikt im Nachgang des „La Belle“-Anschlags bildete den Hintergrund, vor dem die Wiederaufnahme der offiziellen Kontakte zwischen der Palästinensischen Befreiungsorganisation und der Sowjetunion stattfand, die im Februar 1985 aus Protest Moskaus gegen das Abkommen mit König Hussain abgebrochen worden waren. Die sogenannte Aggression der Amerikaner gegen ein arabisches Land gab Arafat – auf den immer größerer Druck Moskaus und Syriens gelastet hatte – die Chance, anscheinend wie selbstverständlich die Partnerschaft mit der UdSSR, dem natürlichen Verbündeten der PLO im Kampf gegen die „aggressive“ amerikanisch-israelisch-jordanische Allianz, zelebrieren zu können. Das entscheidende Treffen zwischen Jassir Arafat und dem Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, fand Mitte April 1986 am Rande des XI. Parteitages der SED in Ost-Berlin statt, drei Tage nach den amerikanischen Vergeltungsangriffen auf Libyen und weniger als zwei Wochen nach dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle“. Ohne dass die PLO zerfallen war und ohne dass es eine zweite, von Syrien proklamierte alternative PLO gab, endete im Frühjahr 1986 die im Sommer 1982 begonnene antisyrische, projordanische und antisozialistische sowie antisowjetische Politik der PLO/Fatah. Arafat konnte, ohne den Status einer Ikone des palästinensischen Widerstandskampfes verloren zu haben, von der SED diszipliniert und zurück ins östliche Lager geholt werden. Denn Arafat war nach der politischen Eskalation zwischen Libyen und den USA der Weg Richtung Washington durch seinen eigenen, vermeintlichen Verbündeten abgeschnitten worden.

Bis 1989 blieb eine Versöhnung zwischen Arafat und dem SED-Regime aus. Beide Seiten stellten zu keinem Zeitpunkt ein substanzielles, vertrauensvolles Verhältnis her. Ost-Berlin stand weiter an der Seite Assads, auch als Syrien und die von Damaskus unterstützten schiitischen islamistischen Gruppen im Libanon ab 1986/87 erneut die Flüchtlingslager der Palästinenser und die Stellungen der PLO/Fatah angriffen. Die DDR lehnte politische wie materielle Hilfsgesuche Arafats ab. Erich Honecker verzichtete auch darauf, 1987/88 Einfluss auf den Prozess der Staatswerdung Palästinas zu nehmen. Er riet Jassir Arafat im September 1988, als dieser sich kurz nach seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg an ihn wandte und seine Meinung zu Fragen des weiteren politischen Vorgehens erbat, die PLO solle ihre Entscheidungen selbst treffen. Auch wenn die DDR den neuen Staat Palästina Ende 1988 diplomatisch anerkannte und die Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Ost-Berlin zur Botschaft aufwertete, ist allein anhand dieser Vorgänge nicht zu belegen, dass die DDR mit Arafat im Vor-

feld der Staatswerdung eng zusammengearbeitet hatte oder dass Honecker sich auf substanzielle Weise mit Arafat über die politischen Schritte der PLO austauschen wollte. Die SED ließ auch im Nachgang der Proklamation „Palästinas“ keine Absicht erkennen, dessen Regierung anders als zuvor die PLO/Fatah unterstützen zu wollen. Honecker verfügte beispielsweise nicht, mehr materielle Hilfe bereitzustellen, die exekutiven, legislativen und judikativen Strukturen dieses neuen Staates sowie sein Gesundheits- und Bildungswesen mit aufzubauen oder mehr palästinensische Studenten aufzunehmen.

Die bis 1989 weiterhin bestehenden tiefen Widersprüche in der politischen Überzeugung der SED und der Fatah erklären, weshalb Honecker in den Jahren ab 1986 keine Anstrengungen unternahm, das Verhältnis zu Arafat zu verbessern. Die DDR erkannte in dieser palästinensischen Teilorganisation weiterhin die größte „bürgerliche“ Gefahr für die „progressive“ Entwicklung der Palästinafrage und hielt die Einflussnahme Syriens auf Arafat daher für unverzichtbar. Honecker reagierte auf Bitten Arafats, Assad von Angriffen auf die Palästinenser und die PLO/Fatah im Libanon abzuhalten, Ende der 1980er Jahre so, wie er es seit spätestens 1982 getan hatte: Er ließ Jassir Arafat wissen, er habe sich auf die syrisch-sozialistische Seite zu stellen und das Doppelspiel des verbal für den Kommunismus eintretenden Revolutionärs, der in Wirklichkeit die politische Zukunft der Palästinenser mithilfe der westlich-kapitalistischen Staaten sichern wollte, aufzugeben. Die DDR hielt es für falsch, dass die Fatah auch nach 1986 keiner wirkungsvollen innerpalästinensischen Kontrolle „progressiver“ Gruppen unterworfen worden war, obwohl Moskau mit der Fatah, der DFLP und der PFLP eine Aussöhnung und ein neues Modell der innerpalästinensischen Machtverteilung erarbeitet hatte. Ferner hielt es die DDR 1988 für verfrüht, einen palästinensischen Staat auszurufen. Vielmehr erachtete man es als notwendig, zunächst eine „demokratisch“-kollektive Führung im Exekutivkomitee zu schaffen und den „Staat Palästina“ erst danach zu proklamieren. Gab es keine palästinensische Regierung, die alle politischen Lager repräsentierte, konnte sie auch keinen Staat wirkungsvoll führen. Anders ausgedrückt: Honecker wollte zuerst die politische Macht der „fortschrittlichen“ palästinensischen Teile im Exekutivkomitee sichern und es erst dann zur Regierung des Staates Palästina konstituieren lassen, weil die Fatah ansonsten praktisch weiterhin allein geherrscht hätte.

Hinzu kam seit Anfang der 1980er Jahre eine von der DDR der Fatah unterstellte Kooperation mit der Muslimbruderschaft, die das SED-Regime wiederum als „ultrareligiöse“ Sekte und „rechtsradikale terroristische Organisation“ einstuft⁶. Die führenden Funktionäre der Fatah und auch Jassir Arafat gehörten laut Darstellungen des MfS der Muslimbruderschaft an. Tatsächlich war die Fatah 1958/59 von Personen gegründet worden, die enge Beziehungen mit der ägyptischen Muslimbruderschaft besaßen und sich auch in der Folge zu Werten des

⁶ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.609, Jahresbericht der Botschaft Damaskus, 02. 01. 1980, Bl. 3; BStU, MfS, HA XXII, 16533, Information, 18. 06. 1982, Bl. 148; BStU, MfS, HA XXII, 16533, Maßnahmenplan zur FOA „Moslembroderschaft“, 03. 02. 1987, Bl. 1; BStU, MfS, HA XXII, 16767, Sachstandsbericht, 07. 04. 1986, Bl. 1; BStU, MfS, HA XX, 19449, Bericht zur OPK „Besucher“, 13. 03. 1989, Bl. 114.

Islam bekannten. Die Forschung geht davon aus, dass Angehörige der Führung der Fatah, wie Salah Khalaf und Khalil al Wazir, auch nach Etablierung der Fatah Mitglieder der Muslimbruderschaft blieben. Von Arafat ist die Mitgliedschaft nur für die Zeit vor 1958/59 als wahrscheinlich anzunehmen, wenn sie auch danach nicht kategorisch auszuschließen ist. In den 1970er und 1980er Jahren existierten unterschiedlich enge Beziehungen zwischen der Fatah und den ägyptischen, jordanischen und syrischen Teilen der Bruderschaft, die bisher nicht hinreichend untersucht worden sind. Allerdings ist aufgrund der Ergebnisse diverser Darstellungen bekannt, dass sich spätestens mit Gründung der Hamas 1988, des palästinensischen Ablegers der ägyptischen Muslimbruderschaft des Gazastreifens, das Verhältnis zwischen der PLO/Fatah und der Bruderschaft veränderte, da die Hamas eine ernste politische Konkurrenz für den an sich säkular legitimierten Anspruch der Fatah war, die Palästinenser zu führen.

Dennoch wurde die politische Ablehnung der Fatah seitens der SED bis 1989 durch die ihr unterstellte Kooperation mit der Muslimbruderschaft begründet. Insbesondere seit Damaskus innenpolitisch gegen die sunnitische Muslimbruderschaft vorging, erkannte auch die DDR in der sunnitischen Fatah eine der Muslimbruderschaft angeblich „angegliederte Organisation“, die deren Kampf gegen das schiitisch-alawitische Assad-Regime unterstützte und aufgrund der islamistischen, „ultraorthodoxen“ Ansichten in noch größerem Maße eine Gefahr für die „fortschrittliche“ Entwicklung der PLO darstellte⁷. Erst in den 1980er Jahren und vor dem Hintergrund des syrischen Konfliktes mit der Fatah und den Muslimbruderschaften gewann die von ostdeutschen Auslandsvertretungen bereits Ende der 1960er Jahre festgestellte Verbindung der Fatah zu den Muslimbruderschaften Bedeutung für die DDR-Politik, weil der sunnitisch-islamistische Aspekt den unterschiedenen Widerstand gegen die Fatah noch zusätzlich als richtig und notwendig erscheinen ließ.

Die Absetzung Erich Honeckers Mitte Oktober 1989 und der Fall der Berliner Mauer wenige Wochen später führten zwar weder zu wesentlichen Veränderungen im Verhältnis der DDR zur PLO noch zu einer Verstärkung materieller oder finanzieller ostdeutscher Hilfen. Aber mit dem Regierungswechsel in Ost-Berlin entstanden Ende 1989 neue Bedingungen für eine konstruktive Gestaltung der seit den 1950er Jahren zerrütteten ostdeutsch-israelischen Beziehungen. Obwohl Quellen zur Außenpolitik der Jahre 1989/90 noch nicht einsehbar sind, bestätigt diese Untersuchung, was von israelischer Seite bereits hervorgehoben wurde, aber einzelne deutsche Forschungsarbeiten und Publikationen bestritten: Für die israelische Regierung war es keine Voraussetzung für die Aufnahme bilateraler Kontakte, dass das Verhältnis der DDR mit Arafats PLO beendet würde. Israel verlangte vielmehr von der neuen Regierung Hans Modrows, die Unterstützung zugunsten der Organisation Sabri al Bannas einzustellen, die *nicht* der PLO angehörte. Modrow akzeptierte dies Anfang 1990. Mit hoher Wahrscheinlichkeit endete damit die im Herbst 1982 von Honecker eingeleitete Abu-Nidal-Politik, was zugleich auch bedeutete, dass die 1983 eingerichteten Konten dieser terroristischen Gruppe bei der Staatsbank der DDR geschlossen wurden.

⁷ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16533, Übersicht, 15. 12. 1982, Bl. 177.

Wie von der Forschung bereits festgestellt, war auch Hans Modrow an der Jahreswende 1989/90 bereit, mit Israel über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln, obwohl in Ost-Berlin die Botschaft des Staates Palästina existierte. Arafat und die PLO wiederum verurteilten zwar die neue Israelpolitik der DDR, wie sie dies auch nach der projüdischen Wende Honeckers 1987/88 getan hatten, aber sie sanktionierten dies weder im einen noch im anderen Fall. Die Palästinensische Befreiungsorganisation erklärte offiziell, sie respektiere politische Festlegungen als souveräne Entscheidungen der Ost-Berliner Regierung. Sowohl die PLO als auch Israel waren mit der Situation vertraut, dass in west- und zum Teil osteuropäischen Hauptstädten wie Bukarest diplomatische Vertretungen beider Seiten zugleich bestanden. Auch hatte Arafat Ende 1988, vor einer Anerkennung der PLO durch die USA, erstmals implizit den Staat Israel in einem Teil Palästinas akzeptiert. Es war für die DDR eine zu gestaltende politische Aufgabe, die Israel- und die PLO-Politik so zu vereinbaren, dass erstere nicht programmatisch ausschließlich als Antagonistin ex negativo der letzteren konzipiert wurde. Wie für jedes andere Land, das zugleich Beziehungen mit Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation besaß, hätte es auch für die DDR bedeutet, die Interessen gegenüber beiden Konfliktparteien definieren zu müssen und zu versuchen, sie ihnen gegenüber durchzusetzen. Wie gut es – abgesehen von einer Regelung der von Israel und jüdischen Organisationen geforderten Restitutions- und Kompensationsleistungen – gelungen wäre, alte Dogmen der Israelpolitik des SED-Staates abzulegen, ohne die antifaschistische Staatsräson der DDR zu beeinträchtigen, und eine wettbewerbsfähige Nahostpolitik zu betreiben, stand im Herbst 1990, als der ostdeutsche Staat dem Geltungsbereich des westdeutschen Grundgesetzes beitrug, nicht fest.

Zu keinem Zeitpunkt zwischen 1949 und 1990 verfolgte die DDR mit ihrer Palästina- beziehungsweise PLO-Politik von anderen sozialistischen Staaten oder der Sowjetunion abweichende Ziele. Eine von Angelika Timm konstatierte „Vorreiterrolle“ der SED bei den Kontakten mit den Palästinensern kann diese Untersuchung nicht bestätigen⁸. Bulgarien hatte bis Anfang der 1970er Jahre sogar ein engeres Verhältnis zur PLO und der neuen Fatah-Führung hergestellt als die DDR. Mit Ausnahme der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes durch Walter Ulbricht im März 1965 – ein Vorgang, der eindeutig deutschlandpolitischen Umständen geschuldet war und anscheinend situativ ohne vorherige Abstimmung mit Moskau oder auf Anraten der KPdSU zustande kam –, agierte Ost-Berlin in der PLO- und Palästinalpolitik im Rahmen sowjetischer Vorgaben beziehungsweise im Einklang mit den Interessen des Kreml. Keine Maßnahme wurde von Funktionären der SED oder des MfS ohne Wissen oder Konsultation mit sowjetischen Stellen getroffen: weder die Nidal-Kooperation noch das Vorgehen gegen die Zelle „Orient“, weder die Planungen im Vorfeld des „La Belle“-Anschlags noch die Beziehungen mit der DFLP, PFLP, PKP und Saiqa, und auch nicht die 1976 aufrechterhaltenen Waffenlieferungen nach Syrien oder Fragen rund um den politischen Umgang mit der Vertretung

⁸ Vgl. Timm, Davidstern, S. 269f.

der PLO in der DDR. Bereits die Zielrichtung im Maßnahmenplan 1970 beschrieb eine zur damaligen Zeit gleichermaßen von der Sowjetunion verfolgte Politik. Und Moskaus Interesse, nicht das Interesse Honeckers, war für Arafats ersten Besuch in Ost-Berlin und den der X. Weltfestspiele verantwortlich.

Eine gerade nicht bewusst gegen die Sowjetunion gerichtete Haltung nahm die DDR in Bezug auf die Fatah und Arafat ein. Honecker blieb nicht – allem sowjetischen Druck zum Trotz – standhaft an Arafats Seite, als die Mehrzahl der sozialistischen Länder und die UdSSR sich von ihm abwendeten, weil er die Versöhnung mit Jordanien und Ägypten, den amerikanischen Verbündeten, anstrebte und sich gegen mehr syrischen Einfluss zur Wehr setzte, wie in einigen bisherigen Veröffentlichungen behauptet. Der ostdeutsche Widerstand und die politische Fatah-Gegnerschaft der DDR standen vielmehr im Einklang mit den Interessen des Kreml und wurden von Honecker sogar kompromissloser als von Moskau selbst vorgetragen. Das Ost-Berliner Regime war wie das polnische, bulgarische und ungarische ein enger Verbündeter der syrischen Anti-Fatah-Koalitionäre inklusive Abu Nidals. Dieses Vorgehen anderer sozialistischer Länder bot der Sowjetunion in den 1980er Jahren – den Zeiten der tiefsten Krise in den Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation – die Möglichkeit, den Druck auf Arafat zu erhöhen, indem sie wiederum stellvertretend arbeiten ließ, um selbst manövrierfähig zu bleiben: Moskau stellte sich als Mittler zwischen seinem engen Partner Syrien und Arafat dar; es schien, als ob nur der Kreml Arafats Gegner zurückhielt und er dafür aber entsprechende Konzessionen von der Fatah verlangte. Die Anti-Fatah-Politik der DDR war geradezu getragen von der Überzeugung, etwas zu tun, das von der Sowjetunion gewollt war. Honecker focht den Konflikt mit Arafat nicht allein aus, sondern leistete seinen Beitrag im Interesse der sozialistischen Gemeinschaft, wobei alle Stränge in Moskau zusammenliefen. Die Ost-Berliner Führung ordnete sich bereitwillig unter und akzeptierte, dass die KPdSU die Regie in der PLO-Politik führte.

Für die Fatah war die politische Unterstützung durch die Bundesrepublik seit dem Ende der 1960er Jahre im Vergleich zu derjenigen, die sie vonseiten der DDR erhielt, von weitaus größerer Bedeutung. Bonn war im Vergleich zu Ost-Berlin der mit Abstand verlässlichere Partner der Fatah. Anders als die SED wollte die Bundesrepublik die Möglichkeiten nutzen, die die Fatah bot. Keine andere palästinensische Gruppe war so engagiert in ihren Bemühungen um westeuropäische Regierungen wie die Fatah. Angesichts einer einflussreichen Gruppe ehemaliger Studenten aus der Bundesrepublik an der Spitze der Fatah und deren Bereitschaft, politisch mit und nicht ausschließlich gegen den Westen zu arbeiten, bestanden günstige Bedingungen für das westdeutsche Interesse, durch die Fatah Einfluss auf die Politik der PLO nehmen zu können. Vor allem die sicherheitspolitischen Beziehungen mit der PLO, die westdeutsche Stellen mit der Fatah eingingen, basierten praktisch allein auf dem Angebot Arafats, im Interesse des Kampfes gegen den palästinensischen Terror mäßigend auf linksradikale, moskautreuerliche Fundamentalisten in der Palästinensischen Befreiungsorganisation einzuwirken. Der Preis, den die Palästinenser um Arafat für ihre Unterstützung verlangen konnten, stieg in dem Maße an, wie sie gegenüber

anderen palästinensischen Kräften als die Vernünftigsten erschienen. Die Währung, die die Fatah dabei akzeptierte, war politisch-diplomatischer Rückhalt für die PLO gegen Israel.

Die doppelte Deutschlandpolitik Arafats diente letztlich nur dem Zweck, die Attraktivität der Fatah im Westen fortwährend zu steigern und aus ihr Kapital in Form einer wachsenden politischen Respektabilität der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu schlagen. Die Bindung an den Osten war für Arafat von Beginn an Mittel, um eine bessere Verhandlungsposition zu erlangen. Je mehr die PLO Gefahr lief, von der sowjetischen Seite kontrolliert zu werden, desto stärker wuchs das Interesse des Westens, diejenigen Teile der PLO zu unterstützen, die dies verhindern konnten. Das Lavieren und Taktieren Arafats zwischen allen Blöcken und zwischen den Interessen der verschiedenen arabischen Staaten war eine Voraussetzung seiner Politik. Das geteilte Deutschland bildete dabei keine Ausnahme, sondern bot für ihn große Chancen, die er seit Anfang der 1970er Jahre gerade dadurch besser nutzen wollte, dass er parallel Beziehungen mit Ost und West unterhielt.

Deutlich wurde dies bereits 1972 am Beispiel der aus der Bundesrepublik infolge des terroristischen Überfalls der Fatah auf die israelische Olympiamannschaft in München ausgewiesenen Studenten der PLO/Fatah. Arafat bat die DDR, rund 30 dieser Palästinenser aufzunehmen. Er wandte sich nicht an Polen oder Bulgarien, sondern gezielt an Honecker. Denn was war besser geeignet, die bundesdeutsche Malaise noch zu vergrößern und die westdeutsche Regierung zusätzlich unter Zugzwang zu setzen, als das SED-Regime zu involvieren und die DDR als den araber- und palästinenserfreundlicheren deutschen Staat zu präsentieren? Bonn musste reagieren, da man langfristig außenpolitisch nicht als weniger propalästinensisch als Ost-Berlin erscheinen konnte, um arabische Staaten nicht zu verprellen. Es war kein Paradox, sondern ein rationaler Entschluss, durch den die Bundesregierung in die Lage geriet, auf Arafat und die PLO zugehen zu müssen, wenn Honecker Arafat bei antipalästinensischen Maßnahmen der Bundesrepublik zur Seite stand; sowohl die Hilfe des SED-Staates als auch die zu erwartende Annäherung der Bundesrepublik kamen Arafat zugute.

Geschickt verstand es Jassir Arafat in den 1970er und 1980er Jahren, auch ohne dass die DDR ihn aktiv darin unterstützen musste, durch das Verhältnis mit dem SED-Regime seinen politischen Preis im Westen zu steigern, zum Beispiel im Interesse der westdeutschen Sicherheit. Ost-Berlin war eine wichtige Zwischenstation zur Einreise in den Westen oder zur Ausreise in den Nahen Osten beziehungsweise im Transit in Richtung Warschau, Prag oder auch nach Skandinavien, gleichgültig ob für Terroristen der PFLP, der DFLP, der Gruppe Abu Nidal, der PFLP-GC, der RAF, der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ oder der Organisation „Carlos“. Ihnen gemein war, dass sie – wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise – miteinander *und* mit der Fatah kooperierten und von der DDR indirekt oder direkt unterstützt wurden, während sie terroristisch gegen westeuropäische Staaten kämpften. Begünstigte die DDR radikale Kräfte wie die PFLP-GC, Abu Nidal oder andere eng mit Palästinensern in Verbindung stehende terroristische Organisationen – die eine Gefahr für den Westen darstellten, aber auch die Fatah angreifen wollten –, profitierte Arafat. Denn er kannte die Gegebenheiten in der

DDR und verfügte über wichtige Informationen, an denen man im Westen interessiert war. Erschienen andere radikaler als die Fatah, war dies darüber hinaus für Jassir Arafat immer politisch von Vorteil. Gleichzeitig durfte er nicht westabhängig wirken. Plante allerdings die Fatah in der DDR terroristische Gewalttaten gegen westliche Einrichtungen und Personen, profitierte Arafat ebenso, ganz gleich ob er dabei mit dem SED-Regime kooperierte oder seine Pläne geheim zu halten versuchte. Die Fatah machte stets die Radikalen für Terror verantwortlich. Und während „die“ Radikalen unter den Palästinensern aus Sicht der Bundesrepublik diejenigen waren, die Ost-Berlin als Antiimperialisten bezeichnete, symbolisierten in den Augen der SED die in Bonn als „die“ gemäßigt geltenden Kräfte der PLO die Reaktion und Bourgeoisie und waren im Grunde ausschließlich Mitglieder der Fatah. Nicht der Wille der Fatah zum Gespräch mit dem Westen an sich forderte die SED heraus, sondern das Gefühl, nur ein nützlich Instrument in Arafats Politik zu sein, mithin das Gefühl, benutzt zu werden.

Offensichtlich im Widerspruch zu den von der DDR angeblich allein als Grundlage der Lösung des Nahostkonfliktes betrachteten Resolutionen der VN stand neben vielen inhaltlichen Diskrepanzen, die sich aus dieser Behauptung und der real betriebenen Politik ergaben, vor allem die konsequente Vernachlässigung des palästinensischen Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen seitens der DDR. Während die Bundesregierung von 1952 bis 1990 über 300 Millionen DM an die UNRWA zahlte, stellte ihr Ost-Berlin insgesamt etwa 80 000 Mark zur Verfügung. Zwischen 1966/67 und 1990 investierte die SED gut 100 Millionen Mark, um entweder der PLO oder der Liga der arabischen Staaten Solidaritätsleistungen bereitzustellen. Insgesamt nahm die DDR im Rahmen der bewilligten Kontingente für eine akademische Ausbildung weniger als 400 Studenten der PLO/Fatah auf. Die Zahl der in Ost-Berlin behandelten Kämpfer Arafats lag ebenfalls bei rund 400. Im Vergleich zu anderen Befreiungsorganisationen leistete die DDR zugunsten der PLO/Fatah weniger.

Statistisch zu beachten ist dabei allerdings die gezielte Förderung der palästinensischen Anti-Fatah-Kräfte. Denn mit den offiziell der PLO bereitgestellten Mitteln – dies wusste auch die SED – begünstigte man seit 1968/69 im Wesentlichen die Fatah. Die Ende der 1970er Jahre gestiegene Opposition gegen die Fatah führte nicht nur zu sinkenden Solidaritätsleistungen zugunsten der PLO, die deutlich unterhalb der Hilfen etwa für den ANC oder die SWAPO lagen, sondern auch zur besagten separaten Kooperation mit der DFLP, der PFLP, der Saiqa, palästinensischen Kommunisten sowie der PFLP-GC, Abu Nidal oder Musa/Salah. Ihnen gewährte Ost-Berlin solidarische Hilfe und verkaufte zugleich Studienplätze, medizinische Behandlungen, Waffen, Munition und Ausrüstung und bildete Mitglieder dieser palästinensischen Organisationen in Lehrgängen aus. Diese Hilfe summierte sich nicht nur politisch zu einem höheren Betrag als die Leistungen der DDR zugunsten der Fatah-geführten PLO. Während Bonn sich bei der materiellen und finanziellen Unterstützung entweder auf die UNRWA konzentrierte oder mit der Fatah zusammenarbeitete, gab die DDR viel weniger als die Bundesrepublik für die humanitäre Flüchtlingshilfe aus und versuchte gezielt, die Fatah-Opposition zu bevorteilen und heranzubilden. In Westdeutschland hatten zudem bis 1990 Tausende Palästinenser, vor allem der Fatah, studiert.

Die Fatah-Gegnerschaft der DDR berührt darüber hinaus einen weiteren prinzipiellen Aspekt: Auch wenn die ostdeutsche PLO- und Palästinapolitik niemals für die Sicherheit Israels wirklich kritische Gefahren heraufbeschwor, widersprach das politische Verhalten der DDR ihren diplomatischen Deklarationen, die Rechte aller bestehenden Staaten im Nahen Osten, auch die des jüdischen, gleichermaßen zu achten und anzuerkennen. Denn die PFLP-GC und Abu Nidal zu fördern hieß, nicht nur die Feinde der Fatah zu unterstützen, sondern die radikalsten säkularen Gegner Israels zu stärken. Obwohl die Fatah auch für schwere terroristische Anschläge gegen israelische Bürger und Menschen jüdischen Glaubens verantwortlich war, unterschied sich ihr Fanatismus spätestens seit den 1980er Jahren deutlich von dem anderer Gruppierungen.

Honeckers Entscheidung, erst im Oktober 1989 dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation den „Großen Stern der Völkerfreundschaft“ der DDR zu verleihen, lässt erkennen, wie fremd sich Arafat, respektive die Fatah, und Ost-Berlin trotz der palästinensisch-sowjetischen Versöhnung seit Mitte April 1986 blieben. Das SED-Regime lehnte weiterhin ab, wofür die Fatah-„Regierung“ der PLO unter der Präsidentschaft Arafats politisch einstand. Es war aus Sicht der DDR unmöglich, deren Leistungen zu würdigen. Dass man sich letztlich für die Vergabe dieses Ordens entschied, kann als Versuch verstanden werden, arabische und auch palästinensische Bedenken gegen die zeitgleich trotz aller Rückschläge noch immer hartnäckig verfolgte projüdische Politik Honeckers zu zerstreuen, ohne zugleich von jüdischer Seite missverstanden zu werden. Daher trat weder der erste noch der zweite Mann im SED-Staat Jassir Arafat gegenüber, um ihm nunmehr den „Großen Stern der Völkerfreundschaft“ zu überreichen. Es war Horst Sindermann, der Präsident der Volkskammer und Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, der dies übernahm. Im „Neuen Deutschland“ wurde diesem Ereignis eine Faktenmeldung auf Seite neun eingeräumt – mehr als ein Jahr nach der aufwendig inszenierten und von Honecker persönlich vollzogenen Auszeichnung des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde West-Berlins sowie der des Präsidenten des World Jewish Congress und erst Jahre nach den Auszeichnungen des syrischen Präsidenten, des libyschen Staatschefs, Nelson Mandelas und der Vorsitzenden des ANC, der MPLA, der ZANU und der FRELIMO.

Salah Khalaf, einer von Arafats engsten Vertrauten, erklärte im Februar 1989: „The important thing is that the two peoples, the Palestinian and the Israeli, come to believe in the necessity of co-existence between two states. [...] Some people wonder whether this co-existence is only a first stage. We answer, no. We want a definitive settlement. But a definitive settlement will only come if its peace is just. Peace is not a piece of paper. All questions connected with peace and security have to be discussed in negotiations. [...] We are ready to reach any security arrangements through meetings: but believe me that real security lies only in the real belief in peace. The real issue is not negotiations in which Israel seeks this piece of land or in which we seek that piece of land. This is a small geographic area, without much elbow room. We do not seek to have a Berlin Wall or any other wall separating us; we want there to be openness. The only thing we seek is

that there will be real – as opposed to verbal – normalization. I am confident that peace has now come to settle in the heart and conscience of every Palestinian. I am confident that if we search deeply in the hearts and minds of Israelis, we shall find peace there, too.“⁹

Keine Berliner Mauer sollte Palästinenser und Israelis also trennen. Stattdessen wollte die PLO zu Beginn des Jahres 1989 Offenheit, Freiheit und einen echten Frieden. Wie sehr konnte man sich mit einem Staat verbunden fühlen und dessen angeblich große Unterstützung für Jassir Arafat schätzen, den man politisch für so wenig aner kennenswert hielt? Dass Salah Khalaf fast neun Monate vor dem Mauerfall in Berlin dieses international und national als Offenbarung des Unrechts der SED-Diktatur angesehene Symbol bemühte, um den Friedenswillen der Palästinenser zu betonen, legt Zeugnis vom Stand der Beziehung zwischen der PLO/Fatah und der DDR 1989 ab. Jassir Arafat erklärte in einem Interview im Juni 2004, weniger als sechs Monate vor seinem Tod: „Souvenez-vous du mur de Berlin, n'est-il pas tombé? Le monde entier n'a-t-il pas fait tomber le mur? [Frage:] C'est peut-être la colombe qui fera tomber le mur? [Antwort Arafat:] Elle représente la volonté de détruire ce mur, une volonté de paix pour les Palestiniens autant que pour les Israéliens.“¹⁰

Zwietracht und Konfrontation, nicht Freundschaft und Vertrauen, so die Erkenntnis dieser Untersuchung, prägten das Verhältnis zwischen der DDR und der PLO unter Jassir Arafat und der Fatah von Beginn an. Einer engen Partnerschaft zwischen dem SED-Regime und der Palästinensischen Befreiungsorganisation stand seit 1968 die innerpalästinensische Führungsrolle der Fatah entgegen. Diese Machtstellung der Fatah war das essenzielle Problem der ostdeutschen PLO- und Palästinapolitik.

⁹ So Address by Salah Khalaf to the International Center for Peace in the Middle East, 22. 02. 1989, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 439.

¹⁰ So Jassir Arafat im Interview mit „Le Monde“, in: Le Monde, 25. 06. 2004, S. 18f. Abdallah Frangi sagte im Dezember 2011: „Die Berliner Mauer war bis zu vier Meter hoch. Die Mauer, die Palästina durchschneidet, ist neun Meter hoch und raubt uns zehn Prozent des palästinensischen Staatsgebietes“, vgl. Sascha Langenbach: Die Geschichte einer Männerfreundschaft, in: Berliner Kurier, 18. 12. 2011, S. 19.